

Alle involvierten Organe haben Fehler begangen

Mitteilung der Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) betreffend die Liechtensteinische Krankenkasse

Die parteipolitischen Querelen nach der einstimmigen Verabschiedung des PUK-Berichtes i.S. Liechtensteinische Krankenkasse am 20. 1. 2000, insbesondere die unglückliche Entwicklung im Zusammenhang mit der Veröffentlichung dieses Berichtes, veranlassen die PUK LKK zu folgender Pressemitteilung:

Es ist allen PUK-Mitgliedern ein Anliegen, dass der Inhalt des Berichtes im Zentrum des Interesses steht. In diesem Sinne wird an dieser Stelle versucht, eine Zusammenfassung der Ergebnisse des PUK-Berichtes zu geben.

Aufgaben ungenügend erfüllt

Die PUK kommt in ihrem 47 Seiten umfassenden Bericht zur Ansicht, dass sämtliche involvierten staatlichen Organe (Landtag, Regierung und Amt für Volkswirtschaft) die ihnen zugewiesenen Aufgaben nicht in genügender Weise erfüllt haben. Weder hat der formelle Gesetzgeber (Landtag und Fürst) die geänderte Situation im Krankenversicherungsbereich gegen Ende der 80er-Jahre und anfangs der 90er-Jahre erkannt, noch hat der Verordnungsgeber (Regierung) die nach Art. 4 und Art. 30 Krankenversicherungsgesetz möglichen und im Sinne der Zweckmässigkeit notwendigen Ausführungsverordnungen erlassen. Zudem war die konkrete Aufsichtstätigkeit des Amtes für Volkswirtschaft insbesondere deshalb ungenügend, weil man sich auf eine im Krankenversicherungsrecht nicht vor-



Peter Sprenger, Vorsitzender der PUK-LKK.

(Archivbild)

gesehene Aufsichtsstelle (Revisionsstelle) und deren Revisionsberichte verlassen hat.

Aufsichtspraxis mangelhaft

Neben den nichtstaatlichen Beteiligten, insbesondere der LKK und deren Kontrollstelle (Union Treuhand Anstalt), denen der Löwenanteil der Ursächlichkeiten für die negative Entwicklung der LKK zukommt, weist die

PUK in ihrem Bericht auch den genannten staatlichen Organen gewisse, wenn auch von ihrer Bedeutung und von ihrem Umfang her deutlich weniger gewichtige Kausalanteile an der bekannten negativen Entwicklung der LKK zu. In vom Staatsbau her betrachtet hierarchischer aufsteigender Reihenfolge hält die PUK in ihrem Bericht dazu folgendes fest:

● Die PUK kommt nicht umhin festzu-

stellen, dass die Aufsichtspraxis, wie sie sich über Jahrzehnte in der Praxis eingespielt hatte, nicht den normativen Vorgaben entsprach. Das Amt für Volkswirtschaft als mit der konkreten Aufsicht über die Krankenkassen betrauten Behörde hat die mit dem KVG nicht durchwegs verträgliche Berichterstattungspraxis seitens der LKK bzw. deren Kontrollstelle über Jahre hinweg toleriert, ohne einzuschreiten. Dies war eine Folge der ungenügenden Organisation der für die KVG-Kontrolle vorgesehenen Stelle durch das AVW und der de facto nicht bestehenden Weiterbildung des Stelleninhabers in diesem Bereich. Insbesondere ist auch festzuhalten, dass das AVW seinen Verpflichtungen durch blosses Lesen und Zurückkenntnisnahme der Revisionsberichte der Kontrollstelle nicht genügend nachgekommen ist. Nicht gesetzkonform war auch die direkte Entgegennahme der Revisionsberichte der Kontrollstelle durch das Amt für Volkswirtschaft, obwohl Art. 4 Abs. 1 des KVG nach klarem Wortlaut ausschliesslich die Kassen verpflichtet, der Regierung Jahresrechnung und Jahresbericht einzureichen.

● Die historischen Regierungen seit 1972 haben eine wichtige Regierungsaufgabe, nämlich die Aufsicht über die privaten Krankenversicherer, den Entwicklungen im Gesundheitswesen anzupassen und den Inhalt dieser Aufsicht klar zu definieren, nicht oder nicht im erwünschten Umfang wahrgenommen. In Übereinstimmung mit dem Gutachter ist auch die PUK der Ansicht, dass es aus Gründen der «Zweckmässigkeit» angezeigt gewesen wäre,

nähere Vorschriften über das Finanzgebaren und die Rechnungslegung der anerkannten Krankenkassen sowie die Aufgaben der Aufsichtsbehörden und Kontrollstellen zu erlassen.

● Auch dem historischen Landtag des Jahres 1972 muss aufgrund der Schaffung eines riskanten Krankenversicherungsmodells ein marginaler Kausalanteil zugerechnet werden. Das vom Landtag gewählte Modell ist deshalb als riskant zu qualifizieren, weil das Krankenversicherungsobligatorium ausschliesslich durch private Institutionen, die lediglich einer Verbandsaufsicht seitens des Staates unterstellt sind, durchgeführt wurde, wobei kollektive Sicherungseinrichtungen und präventive Sicherungsmassnahmen (z. B. Risikoausgleich zwischen den Krankenkassen) fehlten.

Die definitive Klärung der Verantwortlichkeiten der nichtstaatlichen Beteiligten (LKK und Union Treuhand Anstalt) ist Aufgabe der staatlichen Zivilgerichte und damit nicht der PUK.

Diskussion im Landtag

Die PUK erlaubt sich, interessierte Kreise auf die demnächst anlässlich der öffentlichen Landtagssitzung vom 15. März 2000 als Traktandenpunkt 3 stattfindende Diskussion über den Bericht der PUK hinzuweisen. Im übrigen besteht die Möglichkeit, den Bericht und das von der PUK eingeholte Gutachten beim Landtagssekretariat, Kirchstrasse 10, zu beziehen.

PUK LKK: Peter Sprenger (Vorsitzender), Walter Hartmann, Rudolf Lampert, Gabriel Marxer, Egon Matt

«Aktion Verkehrslösung FL» gegründet

Der neue Verein bezweckt das Erarbeiten einer sinnvollen Lösung der bestehenden Verkehrsprobleme und deren Realisierung

Nach zweijähriger Vorarbeit wurde der Verein «Aktion Verkehrslösung FL» gegründet. Die neue Vereinigung möchte endlich eine Lösung für die Verkehrsprobleme im Fürstentum Liechtenstein herbeiführen. Unter dem Konzept «umleiten-umgestalten-umsteigen» wurde den Mitgliedern vor der Gründung des Vereins das «Verkehrskonzept FL - Unterland» nähergebracht. Präsident der neuen Vereinigung ist Günther Wohlwend.

Hartmut Neuhaus

Zur Gründungsversammlung des Vereins «Aktion Verkehrslösung FL» hatten Hanno Konrad und Günther Wohlwend rund 120 Personen geladen, wovon 36 erschienen. Die Gründung fand gestern Abend im Restaurant Weinstube in Nendeln statt.

In seinen einleitenden Worten erläuterte Günther Wohlwend, dass der Zweck des neuen Vereins darin liege, eine sinnvolle Lösung der bestehenden Verkehrsprobleme zu erarbeiten und zu realisieren. Dazu gehörten die Erarbeitung und Vorstellung von Projekten, die Abgabe projektbezogener Stellungnahmen gegenüber den Behörden, bei der Gesetzgebung, die den Zweck des Vereins betreffen, mitzuwirken und die Bewusstseinsbildung bei Mitgliedern und der Öffentlichkeit zu betreiben.

Man habe vor rund zwei Jahren mit der intensiven Arbeit begonnen und freue sich, dass die Gründung des Vereins endlich erfolgen könne. Gleichzeitig betonte Günther Wohlwend, dass in letzter Zeit viele Medienberichte und Veröffentlichungen nur der Panikmache dienten und dass bei praktisch allen Aussagen gegen den Verkehr der wirtschaftliche Aspekt nicht berücksichtigt worden sei. Grundsätzlich möchte der neue Verein eine sinn-

volle Lösung der Verkehrsprobleme, egal ob es sich dabei um eine Umfahrung des Unterlandes durchs Riet oder streckenweise Untertunnelung handelt.

Bei einer Volksabstimmung, die auch ein Ziel des Vereins ist, könnte dann abschliessend entschieden werden, ob die Verkehrsprobleme mit grossräumigen Umfahrungsstrassen gelöst werden sollten, oder ob andere Lösungen gesucht werden müssen. Günther Wohlwend betonte weiter, dass die Liechtensteiner Handelskammer, die Gewerbe- und Wirtschaftskammer und der Automobil-

Touring-Club ihrem Projekt ebenfalls zustimmten.

«Ohne Ersatzstrasse geht es nicht!»

Nach diesen Begrüßungsworten wurde das grosse Umfahrungsprojekt ausführlich vorgestellt, welches eine zweispurige Strasse mitten durchs Riet (teilweise neben der Esche) vorsieht, mit dieser 6,4 Kilometer langen Strasse soll das Unterland grossräumig umfahren werden. Die Strasse sollte auf 1890 Metern Länge offen, auf 2580 Metern überdacht und auf 1930 Metern unter einem geschlossenen Tunnel geführt

werden. Dabei liegen 82 Prozent der Strasse ausserhalb der Bauzone.

Dreistufiges Verkehrskonzept

«Aktion Verkehrslösung FL» möchte der Bevölkerung die Initiative unter einem dreistufigen Verkehrskonzept schmackhaft machen. «Umleiten - umgestalten - umsteigen» heissen die drei Punkte, mit denen man eine Verkehrslösung herbeiführen möchte.

«Umleiten» bedeutet: Bau einer Entlastungsstrasse und Umleitung des motorisierten Verkehrs auf eine ausgebaut, weitgehend unterirdische Strasse mit ökologischen und landschaftspflegeri-

schen Begleitmassnahmen. «Umgestalten» heisst, umgestalten der Ortsdurchfahrtsstrassen und Rückbau der Dorfverbindungstrassen. Aktivierung von Massnahmen für eine bessere Lebensqualität der verkehrsbelasteten Gemeinden. Unter «Umsteigen» ist die Förderung des öffentlichen Verkehrs gemeint. Günther Wohlwend betonte, dass dieses Projekt ein Vorschlag ist und keineswegs als abgeschlossen gilt. Es könnten selbstverständlich sich durch die anstehenden Diskussionen weitere Lösungen herauskristalisieren. Man nehme die Vorschläge fortlaufend auf und überprüfe deren Durchführbarkeit. Wichtig sei nur, dass diskutiert würde, damit die bestmögliche Verkehrslösung gefunden würde.

36 Mitglieder

Nachdem die Statuten diskutiert wurden, trugen sich 36 Personen in die Mitgliederliste ein. Anschliessend wurde der Vorstand wie folgt gewählt: Präsident: Günther Wohlwend, Vizepräsident: Hanno Konrad, Sekretär und Kassier: noch vakant, Beisitzer: Josef Beck (Vertreter der Industrie), Norbert Goop (Feuerwehrkommandant), Erwin Risch (Initiativ-Gruppe, Schaan), Alex Estermann (Projektgruppe). Ein Delegierter der Gewerbe- und Wirtschaftskammer wird an der nächsten Sitzung Einsitz in den Vorstand nehmen.

REKLAME

TREBOSA
 BETON Bohren • Fräsen
 Pressen • Belassen • Seltillagen

Churerstrasse 89 • FL-9485 Nendeln
 Telefon +423 / 373 59 39 • Telefax +423 / 373 59 79
 Natel 079 / 236 42 87



Der neue Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: v.l.n.r. Erwin Risch, Alex Estermann, Günther Wohlwend (Präsident), Josef Beck und Hanno Konrad (Vizepräsident). Auf dem Bild fehlt das Vorstandsmitglied Norbert Goop. (Bild: bak)